



Bezirk
Frankfurt

metallnachrichten

EINE INFORMATION DER IG METALL IN HESSEN, RHEINLAND-PFALZ, DEM SAARLAND UND THÜRINGEN Oktober 2010



Gerecht geht anders. Kurswechsel für ein gutes Leben!



Mit einem Sparpaket will die Bundesregierung ihren Haushalt sanieren. Zur Ader gelassen werden vor allem die Schwächsten der Gesellschaft. Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger. Auch bei Familien und Arbeitnehmern soll gespart und abkassiert werden. Besserverdienende und Vermögende werden dagegen verschont. Verursacher der Krise wie FinanzspekulantInnen machen weiter wie bisher, Pleitebanker kassieren wieder Boni, Schwarz-Gelb macht Klientelpolitik, beschenkt Hoteliers und schustert der Atomindustrie Milliarden zu. Das ist ungerecht, unfair und unausgewogen. Es reicht!

der Leiharbeiter? Das Sparpaket ist nur ein Baustein. Die Politik der Bundesregierung hat System und Richtung. Das System heißt Umverteilung. Die Richtung ist immer gleich: von unten nach oben. Das Ergebnis auch: die einen haben weniger, die anderen mehr.

„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!“ Das verkündet Kanzlerin Merkel lan-

dauf, landab. Wen meint sie? Die Beschäftigten in den Betrieben? Rentnerinnen und

Rentner? Arbeitslose, die mit Hartz IV klarkommen müssen? Die wachsende Zahl



Das wollen wir!

- Rente, die vor Armut schützt. Die Rente mit 67 bedeutet Rentenkürzung, sie muss weg!
- Faire Beschäftigung, gute Bezahlung, Perspektiven für die junge Generation: Leiharbeit stoppen!
- Ende der Zwei-Klassen-Medizin: die solidarische Gesundheitsversorgung erhalten!
- Gerechte Steuerpolitik. Städte

und Gemeinden retten statt ruinieren!

- Gerechte Finanzpolitik: Statt Sparpaket und Steuergeschenke Reiche und Vermögende in die Pflicht nehmen, öffentliche Einnahmen erhöhen!

Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, stoppen wir den Crashkurs! Aktion statt Resignation! (Termine: siehe Rückseite.)

Arbeiten bis 67



Erst mit 67 Jahren in Rente? Ein großer Teil der Beschäftigten hält nicht einmal bis 65 durch. Viele Ältere sind arbeitslos und haben kaum Chancen, noch mal einen Arbeitsplatz zu finden.

Altersarmut droht

Rente mit 67 heißt deshalb: Rentenkürzung für alle, die früher in Rente gehen. Schon heute müssen über die Hälfte aller Rentnerinnen und Rentner deshalb monatliche Abschläge von durchschnittlich rund 100 € in Kauf nehmen. Zusätzlich wurden die Renten bereits durch „Riester-Faktor“ und „Nachhaltigkeitsfaktor“ gekürzt.

Rente mit 67 bedeutet für Millionen Menschen weitere Rentenkürzung.

Immer mehr Menschen finden nur noch Teilzeit- oder Niedriglohnjobs. Entsprechend wenig können sie für die Rente einzahlen. Die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose wurden erst massiv gekürzt und sollen jetzt ganz gestrichen werden. Altersarmut wird so in Zukunft zu einem Massenphänomen. Ende 2010 muss die Bundesregierung überprüfen, ob die Rente mit 67 vertretbar ist. Eigentlich müsste das Ergebnis klar sein: unvertretbar!

Zwei-Klassen-Medizin



Die IG Metall will den gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung für alle Menschen. Das garantiert die Bürgerversicherung, in die schrittweise alle Bürgerinnen

Umverteilung von unten nach oben

Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands weiter wachsen und die Bevölkerungszahl sinken wird. Deshalb gibt es in Zukunft pro Kopf mehr und nicht weniger zu verteilen. Nur der Anteil der Älteren wird steigen.

Nicht die Alterung der Bevölkerung, sondern Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen und Lohndumping gefährden die Rente.

Die Alternative

Die Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Der wachsende Reichtum muss bei den Beschäftigten ankommen und zur Finanzierung der Renten beitragen. Deshalb brauchen wir kräftige Einkommenssteigerungen und den gesetzlichen Mindestlohn.

- Die Rente mit 67 und die Rentenkürzungen müssen weg.
- Alle Erwerbstätigen müssen schrittweise in die gesetzliche Rente einbezogen werden.
- Es muss flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 geben und verbesserte Erwerbsminderungsrenten.
- Es muss wieder eine geförderte Altersteilzeit geben.

und Bürger einbezogen werden. Wir stehen für eine paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und keine Ausweitung der Zahlungen. Wir sagen „Nein“ zur Zwei-Klassen-Medizin!

Städte und Gemeinden in Not



Städte und Gemeinden sind unsere unmittelbare Lebensumwelt. Hier wollen wir uns wohlfühlen und gute Bedingungen für uns und unsere Familien. Da-

mit Städte und Gemeinden dies leisten und ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können, müssen endlich ihre Einnahmen gesichert und erhöht werden.

Jung und prekär



Wer heute ins Berufsleben startet, hat es nicht leicht. Statt Traum-Ausbildung gibt es für viele nur Warteschleife oder Praktikum, Perspektive: unklar. Nach der Ausbildung wartet Unsicherheit: Übernahme? Befristung? Leiharbeit? Arbeitslosigkeit? So kann man keine Zukunft planen, von Familie ganz zu schweigen.

Immer mehr prekäre Arbeit

Von April 2009 bis April 2010 wurden in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen über 21.000 Leiharbeitsplätze aufgebaut und zugleich über 25.500 reguläre Arbeitsplätze vernichtet. 62,5 Prozent der Leiharbeiter/innen sind jünger als 40 Jahre. Jede/r fünfte Deutsche arbeitet zu Niedriglöhnen, Tendenz steigend.

Leiharbeit, Befristungen und Niedriglöhne nehmen zu. Betroffen ist vorwiegend die junge Generation.

Fachkräfte sind Mangelware

Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte nimmt ab. Es fehlt an Hochqualifizierten. Belegschaften altern und werden nicht ausreichend weiterqualifi-

Sozialer Kahlschlag



Kanzlerin Merkel, Finanzminister Schäuble und Wirtschaftsminister Brüderle sind sich einig: „Wir dürfen nicht immer größere Schulden anhäufen. Das strenge Sparpaket war alternativlos.“ Es scheint ja auch klar: Gegen Schulden hilft nur sparen, streichen, kürzen. Bloß: es stimmt nicht!

Die Alternativen

Der Sozialstaat darf nicht ruiniert werden. Die IG Metall will die Staatsfinanzen stärken und mehr Steuergerechtigkeit. So könnte der Staat pro Jahr rund 75 Milliarden Euro mehr einnehmen als heute.

Die Folge: 2009 sind aus Deutschland 70.000 Fachkräfte mehr als eingewandert. Auch innerhalb Deutschlands verlassen Fachkräfte strukturschwache Regionen. So verliert Thüringen nahezu ein Drittel seines Erwerbspersonenpotentials und wird 80.000 Fachkräfte bis 2015 benötigen.

Die Alternativen

Wir brauchen mehr duale Ausbildungsplätze statt Warteschleifen und überbetriebliche Ausbildungsplätze. Bildung darf keine Ware sein. Der Zugang zur betrieblichen Ausbildung muss erleichtert werden. Lernschwächere Jugendliche müssen besonders gefördert werden, damit uns hier nicht weiterhin Kompetenz verloren geht.

- Genug betriebliche Ausbildungsplätze und das Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten
- Bessere Berufsorientierung für junge Menschen, das duale Ausbildungssystem auch für Abiturienten attraktiver machen
- Nachqualifizierung nicht ausgebildeter junger Erwachsener
- Gesetzliche Eindämmung von Leiharbeit und Befristungen

● Schluss mit der Steueroase Deutschland für Reiche! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und große Erbschaften müssen stärker besteuert werden.

● Der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss auf mindestens 50 Prozent erhöht und Steuerhinterziehung besser bekämpft werden.

● Finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

● Die Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden

Stimmen aus den Betrieben



Kein Mensch kann bis 67 arbeiten **Stephan Ahr, BR-Vorsitzender der Saarstahl AG Werk Völklingen:**

»Die Stahlindustrie ist das beste Beispiel dafür, dass Arbeiten bis 67 schlichtweg unmöglich ist. Wer das Gegenteil behauptet, ist herzlich eingeladen, das bei uns im Dreischichtbetrieb in voller Schutzkleidung bei Temperaturen

von 70, 80 oder 90 Grad zu probieren. In anderen Berufsgruppen mag das leichter sein, aber auch psychische Belastungen sind nicht zu unterschätzen. 40 Jahre sind genug. Man kann bei einer solchen grundverkehrten Rentenpolitik nicht einfach zuschauen. Deshalb machen wir betriebliche Aktionen während der Arbeitszeit und gehen die mit der IG Metall auf die Straße.«



Das »Sparpaket« muss weg **Kerstin Barnowski, Ortsvorstand und Ortsfrauenausschuss Gera:**

»Durch Hartz IV ist die Armut in Deutschland deutlich gewachsen. Das Sparpaket der Bundesregierung setzt noch eins drauf und stellt diejenigen vor weitere Probleme, die sowieso schon nichts haben. Daher müssen wir aktiv werden. Gewerkschaften kämpfen für Gerechtigkeit, und das bedeutet, auch für die Schwachen da zu sein. Aber auch für Arbeitende gewinnt Hartz IV an Bedeutung, da es ja immer mehr Armutslöhne gibt. Ich bin froh, dass die IG Metall für einen Kurswechsel eintritt, und werde auch dafür mobil machen.«



Wir müssen die Leiharbeit zurückdrängen

Susanne Seibert, BR-Vorsitzende der Rittal RWG Bandgehäuse GmbH in Herborn:

»Seit diesem Jahr stellt unser Betrieb immer mehr Leiharbeiter/innen ein. Sie sind benachteiligt, z.B. weil sie im Leistungslohnbereich arbeiten, aber nach Stunden bezahlt werden. Somit gehen die Prämien verloren,

die den Beschäftigten an dem entsprechenden Arbeitsplatz eigentlich zustehen. Die Belegschaft fühlt sich solidarisch mit den Leihbeschäftigten. Wir sind als Betriebsrat dagegen vorgegangen und haben reguläre Einstellungen statt Leiharbeit gefordert. Da die Geschäftsführung uneinsichtig ist, haben wir Kundgebungen organisiert, um unseren Protest auf die Straße zu tragen.«



Mit Aus- und Weiterbildung durch die Krise

Bernd Feuerpeil, BR-Vorsitzender von Aleris Aluminum Koblenz GmbH:

»Wir mussten schwere Auftragseinbrüche hinnehmen, sowohl im Automobil- als auch im Luftfahrtbereich. Wir haben alles getan, um Beschäftigung zu halten. Jetzt machen wir eine Aktion vorm Werkstor und waren beim Europäischen Aktionstag in Brüssel dabei.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Noch vor wenigen Monaten waren sich alle einig: Ein Kurswechsel muss her. Heute haben die Vertreter des wirtschaftsliberalen Kurses, der uns in die Krise geführt hat, diesen Kurs unbeirrt wieder aufgenommen: keine ernsthafte Regulierung der Finanzmärkte, keine Belegung der Binnennachfrage, Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, Kürzung der Finanzmittel für erneuerbare Energien, Haushaltssanierung auf Kosten des Sozialstaates, wachsender Niedriglohnsektor. Das spaltet unsere Gesellschaft mehr und mehr.

In den Betrieben werden Kostensenkungsprogramme und

gesundheitsgefährdende Leistungsverdichtung fortgesetzt. Über 70% der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Bezirk Frankfurt sind Leiharbeitsplätze, reguläre Beschäftigung bleibt nahezu auf dem Tiefstand aus der Krise. Der Arbeitsmarkt ist dabei zu verwahrlosen. Prekär Beschäftigte werden massiv erpresst. Die Politik definiert den systematischen Aufbau unsicherer Beschäftigung als arbeitsmarktpolitische Glanzleistung um.

Wir brauchen den Kurswechsel für gute Arbeit und gutes Leben. Schluss mit der ausufernden Leiharbeit! Der Staat muss ungezügeltere Bereicherung zu La-



Armin Schild, IG Metall-Bezirksleiter, Frankfurt

sten der Allgemeinheit regulieren, die Dominanz der Märkte bändigen und eine soziale, nachhaltige und ökologische Industriepolitik betreiben. Unternehmer müssen die Leistung

und Kompetenz der Belegschaften als wichtigstes Zukunftspotenzial anerkennen. Die Wirtschaft muss demokratisiert werden, mehr Mitbestimmung in den Betrieben.

Metallerinnen und Metaller wissen: Es gibt solche, die es machen, und solche, die es mit sich machen lassen. Wir lassen es nicht mit uns machen. Wir haben in der Krise gezeigt: Miteinander ist besser als Gegeneinander. Im Herbst 2010 sagen wir lautstark: Stopp! Es gibt kein Weiter so! Dafür zeigen wir gemeinsam Gesicht. Auf Marktplätzen, vor den Betrieben und in den Betrieben. Denn:

Gerecht geht anders. Wir wollen den Kurswechsel für ein gutes Leben. Machst du mit? Das ist wichtig!

Nach dem Crashkurs der Kurswechsel!?

Unter diesem Motto debattierten Podium und 170 Teilnehmende aus Betrieben, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden am 28. September in Frankfurt notwendige Konsequenzen aus der Krise. Voraussetzungen eines Kurswechsels: Bestehende Machtverhältnisse ändern, Wirtschaft und Gesellschaft konsequent demokratisieren, Verteilungsgerechtigkeit herstellen und mit möglichst Vielen mitmachen: bei Diskussionen und Aktionen.



Das Podium im Haus der Frankfurter Rundschau von links nach rechts: Prof. Dr. Stephan Lessenich (Uni Jena), Dirk Müller („Mister DAX“), Eva Roth (FR), Petra Roth (Präsidentin des Deutschen Städtetages), Berthold Hubert (1. Vorsitzender der IG Metall)


Bezirk Frankfurt

GERECHT GEHT ANDERS.

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN.



Achtung: Sozialer Kahlschlag
Gerechte Finanzpolitik geht anders!



Achtung: Jung und prekär
Gerechte Arbeitsmarktpolitik geht anders!



Achtung: Arbeiten bis 67
Gerechte Rentenpolitik geht anders!



Achtung: Zwei-Klassen-Medizin
Gerechte Gesundheitspolitik geht anders!



Achtung: Städte und Gemeinden in Not
Gerechte Steuerpolitik geht anders!

Zentrale Veranstaltungen des IG Metall Bezirks Frankfurt:

10. November in **Frankfurt am Main**
11. November in **Kaiserslautern**
12. November in **Koblenz**
13. November in **Erfurt**

Mach mit!

Herbstaktionen in ganz Deutschland

Beitrittserklärung



Name <input style="width: 90%;" type="text"/>		Vorname <input style="width: 90%;" type="text"/>		Geburtsdatum <input style="width: 150px;" type="text"/>		Geschlecht M/W <input style="width: 50px;" type="text"/>	
Land <input style="width: 40px;" type="text"/>	PLZ <input style="width: 100px;" type="text"/>	Wohnort <input style="width: 300px;" type="text"/>		Telefon <input style="width: 250px;" type="text"/>			
Straße <input style="width: 300px;" type="text"/>		Hausnummer <input style="width: 100px;" type="text"/>		E-Mail <input style="width: 400px;" type="text"/>			
beschäftigt bei <input style="width: 400px;" type="text"/>				Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium <input style="width: 300px;" type="text"/>			
				<input type="checkbox"/> Vollzeit		<input type="checkbox"/> Teilzeit	
Bruttoeinkommen in Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>	Bankleitzahl <input style="width: 250px;" type="text"/>		Bank/Zweigstelle <input style="width: 200px;" type="text"/>		Konto-Nummer <input style="width: 200px;" type="text"/>		
Beitrag <input style="width: 150px;" type="text"/>	Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in <input style="width: 450px;" type="text"/>				Eintritt ab <input style="width: 150px;" type="text"/>		

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift